

Die Warenumsatzsteuer und die Kaufmannschaft in Berlin

Die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin nahmen in ihrer letzten Sitzung Stellung zu der vom Ausschuß des Reichstages in erster Lesung beschlossenen Warenumsatzsteuer. Sie verkennen nicht, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagene Quittungsstempelsteuer für den Verkehr namentlich des Bankbetriebes und des Kleinhandels erhebliche Belästigungen und Unbequemlichkeiten mit sich bringen müßte und daß es daher erwünscht erschien, sie durch eine Abgabe ersetzt zu sehen, die solche Nachteile nicht besitzt. Sie erkennen an, daß die Umsatzsteuer diesem Wunsche entsprechen würde und daß sie dem einmaligen Warenumsatz an sich nur eine verhältnismäßig geringe Belastung von ein Tausendstel des Wertes bringen würde. Aber diese Vorzüge würden durch allgemeine volkswirtschaftliche Nachteile vollständig in den Hintergrund gedrängt werden. Die meisten Waren müssen auf dem Wege vom Rohzeugnis zum Halbfabrikat, vom Halbfabrikat zum Fertigfabrikat, vom Fertigfabrikat zum Verbraucher einen vielfachen Umsatz durchmachen, und da jeder Verkäufer bestrebt sein würde, seine durch die Umsatzsteuer erhöhten Betriebskosten auf den Käufer abzuwälzen, müßte für den Konsumenten des endgültigen Erzeugnisses eine erhebliche Verteuerung entstehen. Für den Handel aber würde die Steuer eine um so größere Belastung bringen, je geringer der prozentuale Nutzen ist, den er bei seiner volkswirtschaftlich nützlichen Vermittlertätigkeit, namentlich wenn es sich um Stapelartikel handelt, für sich in Anspruch zu nehmen in der Lage ist; für jeden Umsatz würde aber der Händler bei einem Gewinn von 1 v. H. nicht weniger als 10 v. H. desselben an Umsatzsteuer zu zahlen haben. Dazu kommt, daß, um eine Verteuerung des Erzeugnisses nach Möglichkeit zu vermeiden, in vielen Fällen der alte Versuch gemacht werden würde, ein Glied des Zwischenhandels auszuscheiden.

Angeichts solcher Schäden müssen die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin betonen, daß es nach Beendigung des Krieges das wichtigste Ziel unseres Wirtschaftslebens sein muß für den inländischen Markt wie für die Ausfuhr so billig wie nur irgend möglich zu erzeugen und daß alles geschehen muß, die Arbeit der Industrie und des Handels möglichst anzuspornen. Der Handel, der während des Krieges in sehr vielen Fällen ausgeschaltet oder stark beschränkt worden ist, muß im Frieden seine durch eine lange Bergangenheit glänzend erprobte volkswirtschaftliche Funktion bei der Beschaffung und Verteilung der Güter wieder aufnehmen; sie wird für unsere wirtschaftliche Weiterentwicklung notwendiger denn je sein, und diese an sich mit großem Wagnis verbundene Aufgabe darf nicht erschwert oder verkümmert werden. Außerdem besteht die Gefahr, daß die Umsatzsteuer, die nach dem Beschlusse der Reichstagskommission ohne Rücksicht auf einen Gewinn gezahlt werden soll, bald in eine Steuer umgewandelt wird, die nach der Höhe des Gewinns und nach der Größe der Umsätze abgestuft wird; dadurch wird in die Erzeugung Beunruhigung getragen.

Grundgedanke unserer gegenwärtigen und zukünftigen Steuerpolitik muß es sein, die Erzeugungsvorgänge selbst so wenig wie möglich durch Steuern zu verteuern oder zu erschweren; im Gegenteil muß alles getan werden, um die Erzeugung im Interesse der Erzeuger, der Arbeiter und der Verbraucher und zur Neubildung von Kapital zu beleben und zu erleichtern. So verständlich und verlockend es daher ist, den Unbequemlichkeiten und Belästigungen, welche die einzelnen in Vorschlag gebrachten Verkehrssteuern mit sich bringen, zu entgehen, in dem eine einheitliche Umsatzsteuer eingeführt wird, so müssen doch diese Rücksichten gegenüber den großen wirtschaftlichen Fragen, die mit der Umsatzsteuer verknüpft sind, in den Hintergrund treten.